

3256/J XX.GP

der Abgeordneten Kier und PartnerInnen
an den Bundeskanzler

betreffend Nachforschungen des Bundeskanzleramtes über Förderungen der Republik Slowenien an die slowenische Volksgruppe

Die Republik Slowenien hat sich in ihrer Verfassung und in einer vom slowenischen Parlament 1996 beschlossenen Resolution u. a. auch zur finanziellen Förderung der slowenischen Minderheiten in Ungarn, Italien und Österreich verpflichtet. In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Anfrage

- 1.) Trifft es zu, daß das Bundeskanzleramt von der Regierung der Republik Slowenien Auskunft über die von Slowenien an Organisationen und Einrichtungen der slowenischen Volksgruppe in Österreich geleisteten finanziellen Zuwendungen beehrte?
- 2.) Welche protokollarische Form hatte dieses "Auskunftsbegehren" und wurde es, wie im Verkehr mit Regierungen und Behörden fremder Staaten üblich, über das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten an die slowenische Regierung gerichtet?
- 3.) Welche Auskunft genau wurde beehrt (Wortlaut)?
- 4.) Welches Interesse hat das Bundeskanzleramt an diesen Informationen?
- 5.) Hat Slowenien auf das "Auskunftsbegehren" bzw. die Hinterfragung von Förderungen aus Slowenien im Zuge der Finanzgebarungskontrolle bei den Organisationen und Einrichtungen der slowenischen Volksgruppe durch das Bundeskanzleramt reagiert? Wenn ja, in welcher Form?
- 6.) Halten Sie es für möglich, daß die gutnachbarlichen Beziehungen zum Nachbarstaat Slowenien durch diese international unübliche Vorgangsweise des Bundeskanzleramtes belastet werden?
- 7.) Ist es Ihnen bekannt, daß Österreich dem Ausland jemals über die von Österreich gewährten Leistungen an deutsche Volksgruppen im Ausland Bericht erstattet hätte?